

ISJP

International Social Justice Project • Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland

**Wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit und
Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in
wohlfahrtsstaatlichen Regimes**

Analysen mit dem ISSP 1987, 1992 und 1999

Arbeitsbericht Nr. 82A

Bodo Lippl

Institut für Sozialwissenschaften
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

November 2002

**Wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit und Einstellungen zur sozialen
Ungleichheit in wohlfahrtsstaatlichen Regimes - Analysen mit dem ISSP 1987, 1992 und
1999**
von Bodo Lippl

Durch die empirische Gerechtigkeitsforschung ist vielfach belegt worden, dass sich Menschen in ihren Einstellungen zu Fragen der Gerechtigkeit und in ihrer Wahrnehmung von Ungerechtigkeit innerhalb und zwischen Gesellschaften unterscheiden (z.B. Jasso 1999; Kluegel et al. 1995; Wegener 1992; Wegener et al. 2000). Hinsichtlich des Gesellschaftsvergleichs bleibt jedoch theoretisch und empirisch unklar, welche der Merkmale, Faktoren oder Aspekte der verschiedenen Länder genau Gerechtigkeitseinstellungen und -wahrnehmungen beeinflussen. Zum einen lassen sich strukturelle Bedingungen einer Gesellschaft (wie z.B. äußere wirtschaftliche, politische und soziale Bedingungen) als makrosoziale Erklärungen heranziehen, zum anderen können auch kulturelle Aspekte einer Gesellschaft ins Zentrum gerückt werden. Mit dem vorliegenden Beitrag soll verdeutlicht werden, dass sich spezifische wohlfahrtsstaatliche Arrangements als Erklärungsfaktoren für Gerechtigkeitsvorstellungen, wie die Wahrnehmung von Einkommensungerechtigkeit einerseits und mit einer soziale Ungleichheit ablehnenden Einstellung der Bevölkerung andererseits, anbieten. Anhand der Analyse internationaler Umfragedaten, die im Rahmen des *International Social Survey Programme* (ISSP) in den Jahren 1986, 1992 und 1999 erhoben wurden, wird aufgezeigt, in welchem Ausmaß sich die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und normative Einstellungen in Bezug auf soziale Ungleichheit zwischen unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen unterscheiden.

Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaat

Wohlfahrtsstaaten lassen sich als institutionelle Arrangements beschreiben, die Ressourcen, Güter und Lebenschancen auf jeweils unterschiedliche Weise verteilen, umverteilen, ausgleichen und neu ordnen. Sie greifen unterschiedlich tief in individuelle Lebenszusammenhänge ein und nehmen so umfassend Einfluss auf subjektive Wahrnehmungen, normative Grundeinstellungen und damit auch auf Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen, die innerhalb dieser institutionellen Arrangements leben. Die komplexen Entstehungsgeschichten, Regulierungstraditionen und Entwicklungsperspektiven von Wohlfahrtsstaaten offenbaren, dass

Gerechtigkeitsvorstellungen in ihre Strukturen eingegangen sind und wieder auf Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung zurückwirken. Da die jeweilige wohlfahrtsstaatliche Verteilung von Begünstigungen und Lasten vor allem mit dem Ziel der Herstellung von Gerechtigkeit politisch legitimiert wird, liegt es nahe, den Einfluss unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Regimes auf individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen zu untersuchen.

In der empirischen Gerechtigkeitsforschung hat sich dabei eine grundlegende Unterscheidung individueller Gerechtigkeitsartikulationen in zwei eigenständige Grundmodi als sinnvoll erwiesen (Wegener 1999). Ergebnisbezogene Gerechtigkeitsurteile (»Belohnungsgerechtigkeit«) sind Bewertungen konkreter gesellschaftlicher Verteilungsergebnisse und konkreten Belohnungen von Individuen und Bevölkerungsgruppen nach ihrer Gerechtigkeit (z.B. "Welchen Lohn bekommt jemand gerechterweise für etwas?"). Ordnungsbezogene Gerechtigkeitseinstellungen (»Prinzipiengerechtigkeit«) dagegen sind normative, prinzipielle oder ideologische Haltungen, die Individuen in Bezug auf verschiedene Aspekte ihres Lebens vertreten können und welche die grundlegende normative Ordnung der Gesellschaft betreffen (z.B. "Es ist gerecht, wenn jemand, der mehr leistet, mehr bekommt"). Mit der Analyse der von der Bevölkerung wahrgenommenen Einkommensungleichheit als ergebnisbezogenem Gerechtigkeitsurteil und der Ablehnung sozialer Ungleichheit als ordnungsbezogener Einstellung werden in diesem Beitrag beide Aspekten einer Gerechtigkeitsanalyse betrachtet und vor dem Hintergrund wohlfahrtsstaatlicher Arrangements zu erklären versucht. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die ergebnisbezogene Wahrnehmung von Einkommensungleichheit stärker von der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation geprägt ist, während die ordnungsbezogene ablehnende Einstellung gegenüber sozialer Ungleichheit eher kulturell geprägt ist. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die institutionell herrschende wohlfahrtsstaatliche Programmatik von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, also subjektiv überwiegend die Ordnung sozialer Ungleichheit präferiert wird, die wohlfahrtsstaatlich bereits institutionalisiert ist.

Die in der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung recht populäre Typologie wohlfahrtsstaatlicher Regimes, die Esping-Andersen (1990) auf empirischer Basis vorgelegt hat, dient als Basis der wohlfahrtsstaatlichen Einteilung der Länder in dieser Analyse. Im *liberalen* Wohlfahrtstaatstypus, der vor allem in der angelsächsischen Welt und am

anschaulichsten in den Vereinigten Staaten realisiert ist steuert vor allem die "unsichtbare Hand" des Marktes die Verteilung der Wohlfahrt. Wohlfahrtsstaatliche Institutionen sind nur rudimentär aufgebaut. Soziale Sicherung liegt stärker in individueller Eigenverantwortung. Soziale Ungleichheit wird nach den Kriterien des Marktes, nämlich nach individueller Leistung, strukturiert und ist daher entsprechend hoch. Es wird erwartet, dass die Bevölkerung aufgrund der hohen Einkommensungleichheit zwar eine vergleichsweise große Einkommensungerechtigkeit wahrnimmt, aber andererseits auch soziale Ungleichheit weniger ablehnt, da sie wohlfahrtsstaatlich ganz im Sinne der individuellen Leistungsideologie ("vom Tellerwäscher zum Millionär") legitimiert wird.

Der *konservative* Typus ist vor allem in kontinentaleuropäischen Ländern verbreitet und idealiter mit dem deutschen Wohlfahrtsstaat zu assoziieren. Obwohl die wohlfahrtsstaatliche Aktivität des Staates insgesamt als ausgesprochen hoch einzustufen ist, sind wohlfahrtsstaatliche Leistungen bei diesem Typus nur für die erwerbstätige Bevölkerung vorgesehen (Lohnarbeitszentrierung). Die bestehende soziale Hierarchie aus der Stellung auf dem Arbeitsmarkt wird durch den Wohlfahrtsstaat weitgehend gespiegelt. Da hiermit soziale Ungleichheit strukturell begünstigt wird, kann erwartet werden, dass auch ein hohes Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit wahrgenommen wird. Dem Leistungsprinzip wird eine sehr starke Bedeutung beigemessen, indem nur diejenigen, die durch die Teilnahme auf dem Arbeitsmarkt zum Wohlfahrtssystem beitragen, Anspruch auf Sozialleistungen und Unterstützung erhalten. Soziale Ungleichheit wird daher vergleichsweise stärker abgelehnt.

Im *sozialdemokratischen* Wohlfahrtsstaatsmodell, das hauptsächlich in skandinavischen Ländern (Schweden) zu finden ist, übernimmt der Staat die volle Verantwortung für die individuelle Wohlfahrt, indem er einen universellen Mindestlebensstandard sichert. Jedes Individuum hat unabhängig von der eigenen sozialen Position, der eigenen Leistungsfähigkeit oder der Stellung auf dem Arbeitsmarkt das Recht auf Sozialleistungen durch den Staat. Der Staat begünstigt eine starke Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Soziale Ungleichheit wird von der Bevölkerung also auch vergleichsweise am stärksten abgelehnt. Da die tatsächliche soziale Ungleichheit eher gering ist, wird erwartet, dass auch nur ein vergleichsweise geringeres Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit subjektiv wahrgenommenen wird.

In den Diskussionen um die Typologie Esping-Andersens sind im Rahmen dieses Beitrag vor allem die Argumente um die Existenz eines vierten Regimetypus und die Frage nach der Möglichkeit einer Ausweitung der Typologie auf osteuropäische Transformationsländer relevant. Da überzeugend dargelegt werden konnte, einen vierten Regimetypus eines südeuropäischen Wohlfahrtsstaates zu unterscheiden (z.B. Ferrera 1998), wird auch in dieser Studie diese Unterscheidung vorgenommen. Hier wird erwartet, dass die Bevölkerung ähnlich zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat soziale Ungleichheit eher ablehnt. Hinsichtlich der Situation der osteuropäischen Transformationsländer ist und bleibt es schwierig, die neu entstandenen Wohlfahrtsstaaten im Osten in analoger Weise zu charakterisieren, da sich Entwicklungspfade noch nicht klar abzeichnen und keine langjährige wohlfahrtsstaatliche Tradition vorliegt. Auch wenn es bereits Versuche gibt, die Typologie auf den Osten zu übertragen (z.B. Deacon 1993; Götting 1998; Nielsen 1996), bleiben solche Versuche problematisch und können nur unter Vorbehalt getroffen werden. Unter der Annahme dieser Möglichkeit ist mit denselben Regime-Effekten wie in westlichen Wohlfahrtsstaaten zu rechnen, wenngleich allen postkommunistischen Ländern ein zusätzlicher Transformationseffekt vor allem hinsichtlich der Wahrnehmung von sozialer Ungerechtigkeit gemein ist.

Daten, Variablen und Methoden

Die zur Analyse herangezogenen Daten stammen aus drei repräsentativen Bevölkerungsumfragen des *International Social Survey Programme* (ISSP) von 1986, 1992 und 1999. Verwendet werden Daten aus all jenen Ländern der westlich-kapitalistischen Hemisphäre sowie der osteuropäischen bzw. postkommunistischen Transformationsländer, die sich wohlfahrtsstaatlich in Regimetypen zuordnen lassen (vgl. Tab. 1). Jeder Typus von Wohlfahrtsstaat ist mit mindestens zwei Ländern besetzt. Allerdings können aufgrund fehlender Daten oder Variablen nicht alle Zeitpunkte für jedes Land abgedeckt werden.

Tab. 1: Regime, Länder und Zeitpunkte

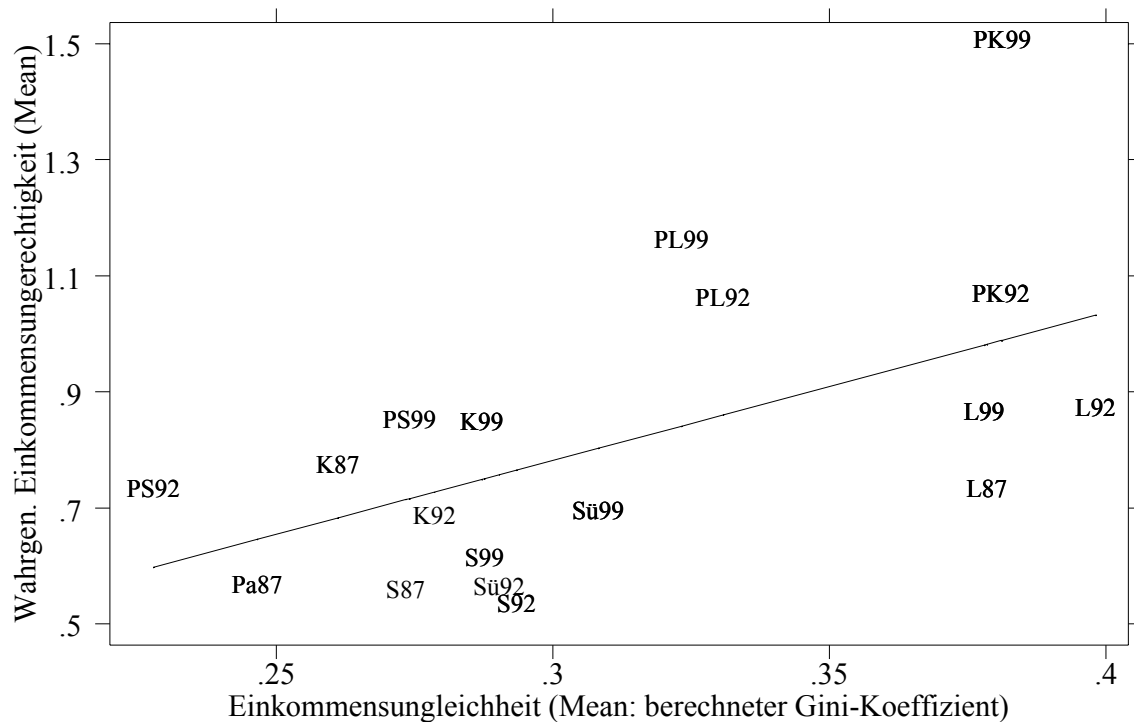
Regime	Länder und Zeitpunkte
Liberal	L Großbritannien 87, 92, 99, USA 87, 92, 99, Kanada 92, 99, Schweiz 87, Nordirland 99
Konservativ	K Westdeutschland 87, 92, 99, Österreich 87, 99, Frankreich 99
Sozialdemokratisch	S Niederlande 87, Norwegen 92, 99, Schweden 92, 99
Südeuropäisch	Sü Italien 92, Spanien 99, Zypern 99, Portugal 99
Staatspaternalistisch	Pa Ungarn 87, Polen 87
Postk. Liberal	PL Ungarn 92, 99, Polen 92, 99
Postk. Konservativ	PK Bulgarien 92, 99, Ostdeutschland 92, 99, Russland 92, 99
Postk. Sozialdem.	PS Tschechische Republik 92, 99, Slowakische Republik 92, 99

Die Konstruktion der hier verwendeten Variablen kann an dieser Stelle nur kurz beschrieben werden. Die Ablehnung sozialer Ungleichheit wurde aus einer Hauptkomponenten-Faktoranalyse von vier Items gewonnen. Das Konzept der Wahrnehmung des Ausmaßes an Einkommensungerechtigkeit baut auf gerechtigkeits-theoretischen Überlegungen auf, die als *Justice Function Theory* bekannt sind (vgl. Jasso 1999; Jasso und Wegener 1997). Es setzt sich aus den Gerechtigkeitsbewertungen des Einkommens eines Berufs am unteren und eines Berufs am oberen Ende des Einkommensspektrums zusammen. Ferner wurden für jedes Land zum entsprechenden Zeitpunkt Gini-Koeffizienten als Maß der "objektiven" Einkommensungleichheit aus den Angaben des Haushaltseinkommens der Befragten berechnet.

Ergebnisse und Diskussion

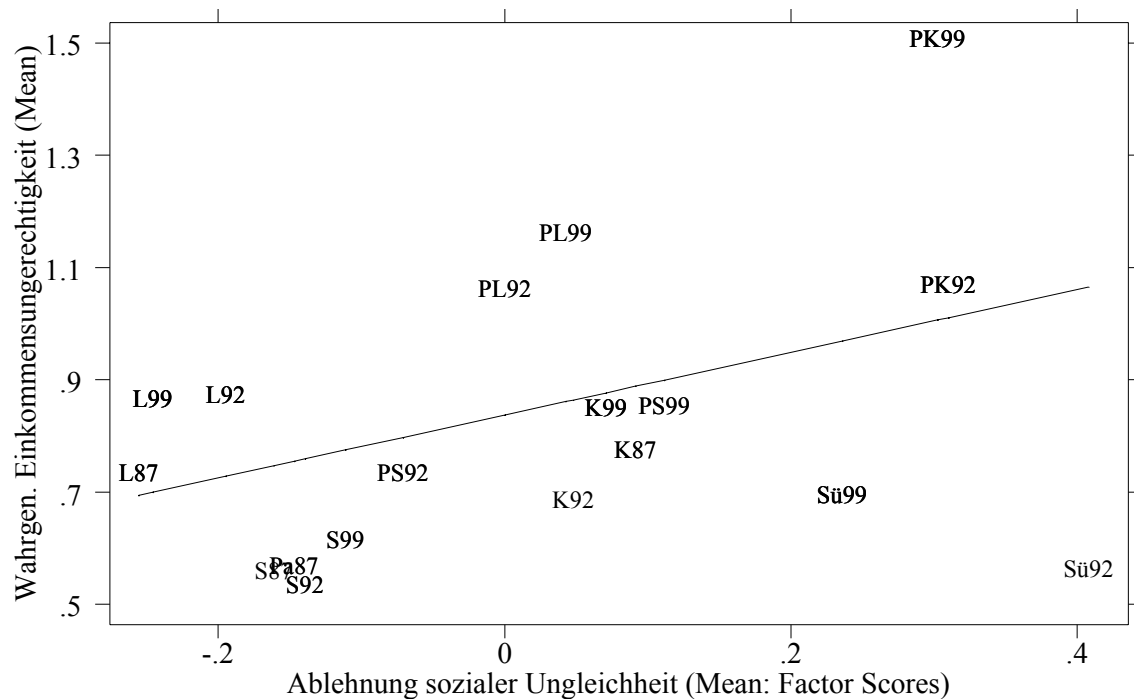
Die Auswirkungen wohlfahrtsstaatlicher Regimes auf subjektive Wahrnehmungen der Bevölkerung lassen sich zunächst am Zusammenhang von tatsächlicher sozialer Einkommensungleichheit und der subjektiv wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit zeigen (vgl. Abb. 1). Wie erwartet, besteht ein positiver Zusammenhang, d.h. je größer die Einkommensungleichheit, desto größer ist das wahrgenommene Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit ($R^2 = 29\%$). Für den Westen weisen liberale Wohlfahrtsstaaten die höchste Einkommensungleichheit und zusammen mit konservativen Wohlfahrtsstaaten, die allerdings für den Westen eine vergleichsweise geringe Einkommensungleichheit aufweisen, die höchste Einkommensungerechtigkeit. Sozialdemokratische und südeuropäische Wohlfahrtsstaaten dagegen zeichnen sich sowohl durch eine geringere Einkommensungleichheit als auch Einkommensungerechtigkeit aus. Im Blick auf den Osten fällt verständlicherweise der staatspaternalistische Wohlfahrtstypus (vor dem Einsetzen der Transformationsprozesse) mit niedriger Einkommensungleichheit und niedriger Ungerechtigkeitswahrnehmung auf. In allen postkommunistischen Wohlfahrtsstaaten ist die wahrgenommene Ungerechtigkeit insgesamt höher als im Westen. Die Einkommensungleichheit und auch die wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit sind entgegen den Erwartungen nicht in postkommunistischen liberalen, sondern in konservativen Wohlfahrtstaaten am höchsten. Auffallend ist hier jedoch der dramatische Anstieg der Ungerechtigkeitswahrnehmung von 1992 auf 1999 ohne entsprechenden Anstieg der tatsächlichen Ungleichheit, der hauptsächlich auf den Effekt Russlands zurückzuführen ist.

Abb. 1: Einkommensungleichheit und wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit



Auch hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der soziale Ungleichheit ablehnenden Einstellung und der Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit ergibt sich ein positiver Zusammenhang (vgl. Abb. 2, $R^2 = 20\%$). Allerdings wäre dieser Effekt bei einer getrennten Analyse für Ost und West nur im Osten signifikant. Hier gilt, je stärker soziale Ungleichheit abgelehnt wird, desto größer wird auch Einkommensungerechtigkeit wahrgenommen. Die Ablehnung sozialer Ungleichheit ist entgegen den Erwartungen wiederum in postkommunistisch konservativen Wohlfahrtsstaaten am höchsten, wenngleich sie von 1992 bis 1999 bei diesem Typus im Gegensatz zu den beiden anderen postkommunistischen Regimes nicht steigt. Überraschend ist auch, dass im staatspaternalistischen Regime nur eine geringe Ablehnung sozialer Ungleichheit zu finden ist. In der westlichen Ländergruppe verhalten sich vor allem die sozialdemokratischen Länder mit einer nur geringen Ablehnung sozialer Ungleichheit und die südeuropäischen Länder mit einer deutlich hohen Ablehnung sozialer Ungleichheit entgegen den Erwartungen.

Abb. 2: Ablehnung sozialer Ungleichheit und wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit



Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich nicht alle vermuteten Zusammenhänge empirisch deskriptiv haben zeigen lassen. Auch multivariate Analysen, die an dieser Stelle nicht berichtet werden können, bestätigen dies unter Kontrolle individueller Merkmale der Befragten. Wohlfahrtsstaatliche Regimes haben, vermittelt durch das von ihnen mit verursachte Ausmaß an Einkommensungleichheit, einen Einfluss auf die wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit. Und Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich auch hinsichtlich der Ablehnung von sozialer Ungleichheit durch die Bevölkerung, auch wenn ein Zusammenhang mit dem Ausmaß an sozialer Ungerechtigkeit eigentlich nur im Osten gegeben ist.

Anmerkungen:

Eine ausführliche Version des Beitrags kann beim Autor angefordert werden (lippl@rz.hu-berlin.de).

Literatur:

- Deacon, Bob, 1993: Developments in East European Social Policy. S. 177-197 in: Catherine Jones (Hg.): New Perspectives on the Welfare State in Europe. London und New York.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.
- Ferrera, Maurizio, 1998: The Four 'Social Europes': Between Universalism and Selectivity. S. 79-96 in: Martin Rhodes und Yves Mény (Hg.): The Future of European Welfare. A New Social Contract? London; New York.
- Götting, Ulrike, 1998: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen.
- Jasso, Guillermina, 1999: How much Injustice is there in the World? Two New Justice Indexes, American Sociological Review 64: 133-168.
- Jasso, Guillermina und Bernd Wegener, 1997: Methods for Empirical Justice Analysis: Part 1. Framework, Models, and Quantities, Social Justice Research 10: 393-430.
- Kluegel, James R., David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.), 1995: Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States. New York.
- Nielsen, Klaus, 1996: Eastern European Welfare Systems in Comparative Perspective. S. 185-213 in: Bent Greve (Hg.): Comparative Welfare Systems. The Scandinavian Model in a Period of Change. London und New York.
- Wegener, Bernd, 1992: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen, Zeitschrift für Soziologie 21: 269-283.
- Wegener, Bernd, 1999: Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit: Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung. S. 167-214 in: Ulrich Druwe und Volker Kunz (Hg.): Politische Gerechtigkeit. Opladen.
- Wegener, Bernd, Bodo Lippl und Bernhard Christoph, 2000: Justice Ideologies, Perceptions of Reward Justice, and Transformation: East and West Germany in Comparison. S. 122-160 in: David S. Mason und James R. Kluegel (Hg.): Marketing Democracy. Changing Opinion About Inequality and Politics in East Central Europe. New York und Oxford.